

Kämpfe, Martina

Article

Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Kämpfe, Martina (2003) : Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 12, pp. 334-337

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143271>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

talen wieder zu steigern. Da sich die Auslandsmärkte nur langsam erholen und die vorangegangene Aufwertung des Euro erst jetzt voll die Exportgeschäfte erreicht, dürfte der Auslandsimpuls im Gefolge der anziehenden US-Konjunktur erst im späteren Verlauf des Jahres die Produktion in Deutschland anregen. Zusammen mit der Festigung des Aufschwungs in der Weltwirtschaft wird die Korrektur der Euro-Aufwertung den Export im nächsten Jahr stärken.

Mit Beginn des kommenden Jahres erhält der private Konsum vorübergehend einen Impuls von den Steuerentlastungen durch die zweite und dritte Stufe der „Steuerreform 2000“. Der zunächst anhaltende Beschäftigungsabbau wird jedoch die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte noch dämpfen. Die erwartete Wende am Arbeitsmarkt im zweiten Halbjahr wird dann für eine Verstetigung des Konsumanstiegs sorgen. Die Teuerung dürfte bei steigenden administrierten Preisen geringfügig anziehen.

Die Aufhellung der Absatzperspektiven wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen. Wegen der anhaltenden Unterauslastung der Produktionskapazitäten wird jedoch die Entwicklung verhalten ausfallen. Die Bauinvestitionen sinken weiterhin, wenn auch mit abnehmenden Raten.

Auf dem Arbeitsmarkt wird die konjunkturelle Wende erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu spüren sein. Bis dahin wird die Beschäftigung zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr im Schnitt bis nahe an die 4,5-Millionen-Marke steigen. Bislang zeigen die Arbeitsmarktreformen wenig Wirkung.

Die Finanzpolitik ist zwar auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet, bisher allerdings vorwiegend durch Steuer- und Abgabenerhöhungen. Eine nachhaltige Konsolidierung sollte aber aus wachstumspolitischen Gründen über die Ausgabenseite erfolgen. Die Einsparanstrengungen sind unzureichend, vor allem da die Ausgaben in den Bereichen der sozialen Sicherung aus dem Ruder laufen. Hier müssen insbesondere im Hinblick auf die wieder anziehende Konjunktur im Jahr 2004 verstärkte Bemühungen erfolgen, die derzeit diskutierten Reformen am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen konsequent umzusetzen. Insgesamt wird die Defizitquote in diesem Jahr bei 4,1% und im nächsten bei 3,9% liegen. Deutschland wird damit zum dritten Mal in Folge die Zielvorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verfehlen.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik

Die robuste wirtschaftliche Expansion in Mittel- und Osteuropa hat sich ungeachtet der anhaltenden weltweiten Konjunkturschwäche im ersten Halbjahr 2003 fortgesetzt. Dabei kam es in einigen Ländern, darunter insbesondere in Russland und Polen, zu einer deutlichen Belebung. Eine rege Inlandsnachfrage unterstützte eine recht zügige Ausdehnung der Produktion, teilweise nahmen auch die Exporte stärker zu. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in den Beitrittsländern nach Einschätzung des IWH in diesem Jahr mit 3,1% zunehmen, nach 2,5% im vergangenen Jahr. Für 2004 ist aufgrund des zu erwartenden Anziehens der weltweiten Konjunktur mit einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik auf 3,8% in der Region zu rechnen. Die Inflation wird sich im

gesamten Prognosezeitraum weiter zurückbilden, wobei es vereinzelt auch zu einem weniger starken Rückgang des Preisauftriebs u. a. im Zuge von Steueranpassungen vor dem geplanten EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder im Frühjahr 2004 kommen kann. Der Arbeitsmarkt profitiert weiterhin nur gering von der wirtschaftlichen Expansion. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird auch im nächsten Jahr noch um die 13% liegen.

Weitere Belebung der Konjunktur in diesem Jahr

Im ersten Halbjahr 2003 hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten mittel- und osteuropäischen Region weiter deutlich belebt, wobei sich die Binnennachfrage – wie schon im Vorjahr –

Tabelle:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sowie Russland

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Beitrittsländer ^a	49,4	2,5	3,1	3,8	2,8	2,4	2,9	14,8	14,1	13,1
Estland	0,8	6,0	5,0	6,0	3,6	2,0	2,5	10,3	10,0	9,5
Lettland	1,0	6,1	5,5	6,0	1,9	2,5	3,0	12,0	10,0	10,0
Litauen	1,7	6,7	6,0	6,0	0,3	0,8	1,0	13,8	12,0	11,0
Polen	23,5	1,4	2,8	3,5	1,9	1,0	2,0	19,9	19,0	18,0
Slowakei	2,9	4,4	3,8	4,2	3,3	8,5	6,0	18,6	16,0	17,0
Slowenien	2,7	3,2	3,2	3,8	7,5	6,0	4,5	6,4	6,4	6,2
Tschechien	8,6	2,0	2,5	3,5	1,8	1,0	2,0	7,3	7,5	7,0
Ungarn	8,1	3,3	3,2	4,0	5,3	5,0	5,0	5,6	6,0	5,0
Spätere Beitrittsländer ^a	7,6	4,9	4,7	4,9	18,3	11,8	8,4	11,8	10,1	9,7
Bulgarien	1,9	4,8	5,0	5,0	5,8	2,5	3,5	17,4	14,0	14,0
Rumänien	5,7	4,9	4,6	4,8	22,5	15,0	10,0	10,2	9,0	8,5
Nachrichtlich:										
Russland	43,0	4,3	5,5	5,0	15,8	14,0	12,0	8,8	8,0	7,0
Insgesamt	100,0	3,4	4,3	4,4	9,6	8,1	7,2	10,8	9,9	9,1

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2003 und 2004: Prognose des IWH.

als wichtigste Wachstumsstütze erwies. In Lettland und Litauen hat sich die außerordentlich hohe Steigerung des Bruttoinlandsprodukts nochmals leicht beschleunigt. An Dynamik hat die wirtschaftliche Aktivität jedoch insbesondere in den beiden größten Volkswirtschaften, Russland und Polen, gewonnen. Vor allem dadurch hat sich die durchschnittliche wirtschaftliche Belebung im mittel- und osteuropäischen Raum nochmals verstärkt. Ursächlich für die Entwicklung in den genannten Ländern war vor allem die hohe binnenwirtschaftliche Nachfrage, die teils vom privaten Konsum, zunehmend aber auch von den Investitionen getragen wurde. In Polen zeichnete sich eine wirtschaftliche Erholung bereits im letzten Quartal vergangenen Jahres ab; im ersten Halbjahr dieses

Jahres hat sich auch die Industrieproduktion stabilisiert. In Lettland, Litauen und Russland kam ein starkes Exportwachstum hinzu. Die günstige Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger und Metalle führte zu einem kräftigen Anstieg der russischen Exporterlöse und damit zu einer Belebung der Wirtschaftsentwicklung. Während die Investitionen noch im vergangenen Jahr stagnierten, haben sie in den exportorientierten Industrien nunmehr deutlich zugenommen.

In den übrigen Ländern der Region verlief die wirtschaftliche Expansion zwar durchaus positiv, einige Länder werden jedoch den hohen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr nicht erreichen können. Zum einen deutet sich vereinzelt eine Abschwächung der binnenwirtschaftlichen

Nachfrage an, andererseits gehen von der Außenwirtschaft 2003 vielfach noch keine ausreichenden Wachstumsimpulse aus. Darauf deutet die bisherige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr in Ungarn und Tschechien hin. In Ungarn wird sich der private Konsum aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Lohnsteigerungen und der immer noch hartnäckigen Inflation schwächer entwickeln. Die Industrieproduktion stabilisierte sich zwar im ersten Halbjahr. In beiden Ländern waren die Investitionen hingegen sogar rückläufig. Auch die Exporte blieben – mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen in Tschechien – schwach. In der Slowakei und in Slowenien wird die wirtschaftliche Expansion von fiskalpolitischen Maßnahmen zur Budgetsanierung beeinträchtigt.

Für die Prognose des IWH ergibt sich aus dieser differenzierten Entwicklung für das Jahr 2003 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den Beitrittsländern von 3,1% im Vergleich zu 2,5% im Vorjahr (vgl. Tabelle).

Die Inflation ging in den meisten Ländern in den ersten Monaten des Jahres weiter zurück und erreichte äußerst niedrige Werte. Ausnahmen bilden die Slowakei und Lettland. Hier könnte es auch im weiteren Jahresverlauf zu einem weniger starken Rückgang des Preisauftriebs kommen, da die fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen der slowakischen Regierung sowie Anhebungen administrativer Preise in Lettland sich preistreibend auswirken werden.

2004: Aufschwung in der Weltwirtschaft und EU-Beiträge verstärken wirtschaftliche Belebung in Mittel- und Osteuropa

Die Konjunkturaussichten der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer für das Jahr 2004 bleiben angesichts der erwarteten Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds günstig. Die Nachfrage nach Gütern aus Mitteleuropa und dem Baltikum wird wieder stärker zunehmen und die wirtschaftliche Entwicklung dürfte dann noch dynamischer ausfallen als 2003. Anzeichen einer nachlassenden Binnennachfrage in den Ländern, insbesondere des privaten Konsums infolge geringerer Nominallohnsteigerungen, dürften durch die Impulse vom Außenhandel dann kompensiert werden.

Die Investitionen werden 2003 und 2004 ausgeweitet werden, insbesondere durch rege private Investitionsaktivitäten im Zusammenhang mit den geplanten EU-Beitritten, aber auch durch öffentlich finanzierte und von der EU geförderte Investitionsprogramme.³ Allein für die drei Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Umweltschutz und Energiesektor beträgt der von der EU geschätzte minimale Umfang der notwendigen Modernisierungs- und Anpassungsinvestitionen in den Beitrittsländern ca. 280 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren.⁴ Die jährlich anfallenden durchschnittlichen Investitionskosten betragen ca. 4% des Bruttoinlandsprodukts der Beitrittsländer von 2002, was selbst bei einem Fördersatz von ca. 75% durch die EU noch immer erhebliche Mittel zur Kofinanzierung in den Ländern erfordern würde. Da einer übermäßigen Ausweitung der öffentlichen Investitionsausgaben schon aus stabilitätspolitischen Gründen enge Grenzen gesetzt sind, ist die Beteiligung privater ausländischer Investoren, aber auch internationaler Finanzinstitutionen zur Umsetzung der Investitionsprogramme unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund wird die Importnachfrage nach Investitionsgütern anwachsen. Die Handelsbilanzdefizite werden angesichts der im Vergleich zum Vorjahr stärker steigenden Exporte allerdings nicht ausufern. Die Entwicklung von Handels- und Dienstleistungsbilanz und die Schwankungen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bilden für einige Länder zwar nach wie vor einen Schwachpunkt, jedoch ist infolge des zu erwartenden weiterhin regen Zustroms an ausländischen Direktinvestitionen sowie der vielfach investiv verwendete Importe damit zu rechnen, dass die teilweise hohen Leistungsbilanzdefizite auf eine stabilere Finanzierungsgrundlage gestellt werden

³ Im Rahmen der Pre-Accession Assistance der EU-Kommission fließen Mittel vor allem in den Verwaltungsaufbau sowie Infrastruktur- und Umwelttechnikprojekte. Nach dem Beitritt haben die mittel- und osteuropäischen Neumitglieder Anspruch auf EU-Mittel, die sich für den Zeitraum 2004-2006 auf ca. 22 Mrd. Euro aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds belaufen. Das entspricht etwa 4% des geschätzten Bruttoinlandsprodukts der Länder für das Jahr 2006.

⁴ Vgl. Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments: Umweltpolitik und Erweiterung (Themenpapier Nr. 17); Energiepolitik und die Erweiterung der Union (Themenpapier Nr. 43); Verkehrspolitik und die Erweiterung der Union (Themenpapier Nr. 44), 1998-1999.

und somit von ihnen kaum Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen dürften.

Die Prognose des IWH geht für das Jahr 2004 von einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern von 3,8% aus.

Die durchschnittliche Inflation wird sich 2004 nur gering zurückbilden bzw. auf ihrem Niveau verharren. In den meisten Ländern werden Preis- auftriebstendenzen aufgrund von vielfach zum Jahresbeginn anstehenden Anhebungen administrativer Preise sowie Anpassungen der Verbrauchssteuern an die EU-Normen auftreten.⁵ Die Lage am

Arbeitsmarkt hat sich trotz erster Anzeichen für einen Beschäftigungsaufbau im Zuge erfolgreicher Privatisierung und Umstrukturierung in einigen Ländern (Rumänien, Bulgarien, baltische Länder) insgesamt noch nicht wesentlich verbessert. Erst allmählich ist mit einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenquote zu rechnen. Sie wird in den Beitrittsländern voraussichtlich auch im nächsten Jahr noch bei durchschnittlich 13% liegen.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Weitere Entspannung – Problemfall Ungarn

Die aktuelle Analyse der Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen des IWH signalisiert eine Fortsetzung der bisherigen Entspannung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Als Ausnahme von dieser Entwicklung gilt immer noch Ungarn, wo entgegenwirkende wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht mehr hinausgeschoben werden dürfen. Hierzu zählen nicht nur fiskalische Maßnahmen zur Einschränkung der inländischen Nachfrage, sondern auch die Etablierung einer wirksamen Geldpolitik. Ein positives Beispiel ist Polen, wo das Gefahrenpotenzial einer Finanzkrise durch externe Faktoren, aber auch durch geldpolitische Maßnahmen erheblich gesenkt wurde. Doch eine fiskalische Restriktion muss auch hier noch erfolgen.

Weitere Abnahme des Risikopotenzials

Die vom IWH regelmäßig durchgeführte Untersuchung von makroökonomischen Indikatoren⁶ ver-

folgt das Ziel, wirtschaftliche Fehlentwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzudecken, die die Gefahr einer Finanzkrise nach sich ziehen können. Diese Untersuchung erfolgt durch Aufzeichnung von Warnsignalen für eine drohende Finanzkrise. Eine rechtzeitige Erkennung solcher Gefahrenpotenziale bietet der Wirtschaftspolitik die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen eine Krise abzuwenden.

Die aktuelle Berechnung der Frühwarnindikatoren stützt sich auf Beobachtungen aus dem Zeitraum vom Oktober 2001 bis März 2003. In den letzten Monaten dieser Periode setzte sich die seit einem halben Jahr anhaltende Entspannungstendenz fort. Der Gesamtindikator zeigt für die meisten Länder eine Abnahme des Risikopotenzials. Dieses Ergebnis folgt aus der positiven Entwicklung bei dem Großteil der Indikatoren. Doch Rückschläge in einigen Bereichen zeigen, dass immer noch keine Entwarnung gegeben werden kann (siehe Tabelle 1). In Ungarn zeichnet sich insgesamt durch die weitere Anspannung der Situation ein immer dringlicher werdender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf ab.

⁵ Einige Nationalbanken haben bereits ihr Inflationsziel für 2004 nach oben angepasst.

⁶ Zur Untersuchungsmethode vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Die Bestimmung des Risikopotenzials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems. Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. IWH-Schriftenreihe, Band 13. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. Vgl. auch BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Unter-

schiedliche Risikopotenziale für Währungsturbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1999, S. 8-12.